

Mehr Zeit für Behandlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

171 Tage nach der Bundestagswahl hat die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat sich einen Koalitionsvertrag gegeben, der genau 171 Seiten lang ist, sofern man sein Deckblatt und das Inhaltsverzeichnis nicht mitrechnet. Im Vergleich mit einer wissenschaftlichen Arbeit ist eine Seite pro Tag ein Output, der nach einer nicht repräsentativen Umfrage unter Doktoranden im durchschnittlichen Bereich anzusiedeln wäre. Korrelation oder Kausalität? Jeder von uns mag sich eine eigene Meinung dazu bilden. Wir werden in Zukunft sicherlich noch mehrfach darauf zurückkommen.

Da wir alle gut daran tun, zunächst die positiven Aspekte zu betonen, möchte ich einen Satz aus dem Kapitel „Gesundheit und Pflege“ des Koalitionsvertrags zitieren, der uns alle optimistisch stimmen sollte. Darin heißt es in der Unterrubrik „E-Health und Gesundheitswirtschaft“: „Ziel ist zudem, Bürokratie in Diagnostik und Dokumentation abzubauen.“

Für diesen Satz hat die zahnärztliche Selbstverwaltung lange gekämpft. Denn die Überregulierung unseres Gesundheitssystems, insbesondere in der gesetzlichen Krankenversicherung, hat dazu geführt, dass Zahnärzte immer weniger Zeit für ihre eigentliche Aufgabe haben: die Versorgung ihrer Patienten.

Vermeidbare Bürokratie entsteht in vielen Fällen dadurch, dass sich möglicherweise sogar mit guten Intentionen beschlossene Regelungen nur schwer oder mit unverhältnismäßig hohem Aufwand im Praxisalltag umsetzen lassen. Auch lassen sich – bei allen Bemühungen der Politik um einheitliche Lösungen – nicht immer alle Vorgaben uneingeschränkt auf sämtliche Bereiche des Gesundheitswesens übertragen. Gerade der zahnärztliche Bereich wird immer noch viel zu wenig als eigenständiger Sektor wahrgenommen. Ein vom Nationalen Normenkontrollrat der Bundesregierung mit Beteiligung der Zahnärzteschaft initiiertes Projekt zur Messung der am stärksten belastenden gesetzlichen und verwaltungstechnischen Bürokratievorgaben brachte das erwartete Ergebnis: Es gibt zu viele unnütze Bürokratielasten in unseren Praxen – wie etwa im Bereich der



Christian Berger
Präsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

Dokumentation. So müssen Zahnarztpraxen zum Beispiel durchschnittlich 100 Arbeitstage einer Vollzeitkraft pro Jahr für die Erfüllung vorgeschriebener Dokumentations- und Informationspflichten aufwenden.

Angesichts der stetig steigenden bürokratischen Anforderungen für zahnärztliche Praxen setzen wir uns von Bayern aus dafür ein, dass die bestehenden Bürokratiekosten nach einer bundesweit einheitlichen Methodik regelmäßig erhoben werden, um hieran konkrete Abbauvorschläge zu knüpfen. Zugleich sind die Gesetz- und Verordnungsgeber sowie die Vollzugs- und Überwachungsbehörden gefordert, in einen Dialog zu treten, um gemeinsam mit der zahnärztlichen Selbstverwaltung den Bürokratieabbau – und damit effizientes Handeln im Gesundheitswesen – weiter voranzutreiben. Bei der praktischen Umsetzung von rechtlichen Regelungen sollte gerade auf lokaler Ebene der Fokus verstärkt auf bürokratiearmen „Best-Practice-Lösungen“ liegen.

Es gibt also viel zu tun. Wir werden die Politik beim Wort nehmen und erneut konkrete Vorschläge für den Abbau unnötiger Bürokratie einbringen. Denn der notwendige Raum für Therapiefreiheit und Therapieverantwortung muss erhalten und die zunehmende „Verrechtlichung“ der (Zahn-)Medizin zurückgedrängt werden!

Ihr